

# NICHT BELLEN – BEISSEN!

(Zur Überschrift: Wir müssen zugeben, daß wir wissen, daß der Hund nicht beißen kann, da er zahnlos ist. Er kann allerdings noch bellen; Herrchen hört es und weiß: Es ist der Hofhund, der sich das traut und kein gefährlicher, wütender Köter).

Die DGB-Parole für die fünf Demos am 21.10.06 lautet: „*Das geht besser. Aber nicht von allein! Für die soziale Erneuerung*“. Klingt das nicht wie eine Drohung, wenn man an die Rolle der Gewerkschaften in der Vergangenheit denkt? Haben doch die Gewerkschaftsspitzen den Sozialabbau in Deutschland mit organisiert und gebilligt. Die Agenda 2010 wurde von allen acht Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften gegenüber Kanzler Schröder abgenickt. Verdi-Vorstandsfrau Kunkel-Weber und Peter Hartz (IGM) waren Mitglieder der Hartz-Kommission. Für Frau Kunkel-Weber war das die „*aufregendste Zeit meines Lebens*“. Sie will unter diesem Titel ein Buch über die Zeit schreiben. (Tagesspiegel v. 29.12.04). War die Zeit aufregend, weil sie mit den Vertretern der Kapital- und der Regierungsseite gerungen hatte, um die sozialen Standards zu verteidigen? Mitnichten. >*Schließlich war es für sie eine „wichtige Erfahrung“, mit welcher gegenseitigen Wertschätzung dort Menschen zusammengearbeitet haben, „die im richtigen Leben eine klassische Feindhaltung einnehmen*“<. (Tagesspiegel v. 29.12.04).

Aber für den 21.10. läßt die Gewerkschaftsspitze die „gegenseitige Wertschätzung“ mit den Vertretern des Kapitals beiseite und mobilisiert die Mitglieder gegen die sozialen Folgen dessen, was sie in „gegenseitiger Wertschätzung“ ausgehandelt haben. Und vom 22.10.06 an, dem Tag **nach** der Demo handelt man dann mit Kabinett und Kapital wiederum in „**gegenseitiger Wertschätzung**“ die weitere „soziale Erneuerung Deutschlands“ aus: Vielleicht die Erhöhung des Rentenalters von 67 auf 69 Jahre, die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 23 Prozent, die weitere Privatisierung des Gesundheitswesens, nach Hartz IV dann Hartz V und VI, alles nach dem Motto: „Das geht noch besser, aber nicht von allein! WIR müssen dabei sein!“ Das meint, die Gewerkschaftsführungen müssen den Abbau **mitgestalten**. Sollen wir den Slogan des DGB-Aufrufs also als **Drohung** verstehen?

Oder als Umkehr und Mobilisierung der Mitglieder gegen die Lohn- und Sozialkürzungspolitik von Kabinett und Kapital? Für die Umkehr gibt es jedoch kein Zeichen, denn kein Verantwortlicher, weder *Kunkel-Weber, Hartz, Schröder* oder einer der Gewerkschaftsvorsitzenden wurde meiner Kenntnis nach wegen „**gewerkschaftsschädigenden Verhaltens**“ ausgeschlossen.

Werten wir die geplanten Demos also als das, was sie sind, als Ausdruck wiederholter Heuchelei und bewußter Irreführung. Anfang April 2004 gab es

schon mal vier Großdemos: Damals kamen über 500 000, weil sie noch glaubten, die Gewerkschaftsführungen würden ernsthaft gegen Lohn- und Sozialabbau mobil machen. DGB-Chef Sommer versprach damals auf der zentralen Demo in Berlin einen „heißen Herbst“. Der bestand dann darin, daß Unterschriftenlisten in den Betrieben ausgelegt wurden. Diese Erfahrung haben die meisten noch im Kopf und sagen: „Das bringt doch nichts“. Etliche werden dann am 21. Oktober doch noch in die Busse steigen bzw. demonstrieren gehen.

**Wir, die Gewerkschaftslinken, auch.** Aber nicht, um eine heile Gewerkschaftswelt vorzutäuschen und die Heuchelei zu unterstützen sondern um den Zweifel der KollegInnen zu verstärken und die Situation mit unseren Transparenten und Flugblättern klarer zu machen. Kapital und Kabinett werden vor keiner Demo erschrecken, und sei sie noch so groß, wenn sie denn unter den Fittichen der Gewerkschaftsführungen verläuft. (Warum sollten sie denn vor ihren Sozialpartnern, ihren Stellvertretern, zuständig für den Faktor Arbeit, den Verteidigern der Wettbewerbsfähigkeit, den Standortdenkern, ihren Co-Managern Angst haben?!). Es sei denn, die Teilnehmer der Demos nutzen die Gelegenheit, ihren Protest gegen **alle** Verursacher der Misere auszudrücken, also Kapital, Regierung **und** Gewerkschaftsführungen. Das allerdings würde die Gegenseite hellhörig machen. Und **uns** einen Schritt voranbringen.

### **Anmerkungen zum Verdi-Argumentationspapier**

Verdi hat zum Aktionstag am 21.10.06 ein 15seitiges Argumentationspapier herausgegeben. Die sechs Autoren (verantwortlich Frank Bsirske) gehen unter der Überschrift „*Es kommt immer dicker*“ in kurzen Abschnitten auf folgende Themen ein: Gesundheitsreform, Rente mit 67, Steuerpolitik, Alg. II und Kündigungsschutz. Das Papier ist verständlich geschrieben, mit flotten Karikaturen dazwischen. Und (was gar nicht selbstverständlich ist) die soziale Realität wird offen benannt, mit Zahlen untermauert. Interessant wird das Papier aber erst dann, wenn man es genau liest und nach den Konsequenzen der Argumente sucht. Die Einleitung lautet also: Es kommt immer dicker. Die Mitwirkung daran, daß es schon seit etlichen Jahren „dick“ kommt (z.B. Mitarbeit bei Agenda 2010 und Hartz IV) wird verschwiegen. Der letzte Satz in der Einleitung lautet: „*Diese Politik richtet sich gegen die Menschen. Deshalb müssen wir uns wehren . Und für Alternativen kämpfen.*“ Abgesehen davon, daß diese Politik sich nicht gegen **die** Menschen richtet, denn es gibt eben Profiteure, **für die** diese Politik gemacht wird, ist es richtig, daß „wir uns wehren“ müssen. Auf die Frage: **Wie** wehren wir uns und **für welche Alternativen kämpfen wir**, wird nicht mal andeutungsweise eingegangen. Ist gemeint: Wehren durch Wählen? Sind mit „wehren“ die Demos am 21.10.06 gemeint? Warum fordern die Autoren nicht **die gesetzliche Zulassung von Streiks für Belegschaften?** (Das Streikrecht in Deutschland gilt nur für die Einzelgewerkschaften und nur in tariflichen Angelegenheiten).

Ein zentrales ökonomisches und politisches Argument wird fast beiläufig genannt, aber immerhin, es steht dort: „*Aber die Produktivität wird steigen. Um*

*jährlich 1,8 Prozent. Sagen sogar Berater der Regierung. Die Folge: Trotz langfristig sinkender Zahl der Beschäftigten wird jedes Jahr mehr gesellschaftlicher Reichtum erarbeitet. Würde man diesen erarbeiteten Reichtum auf alle gleichmäßig verteilen, hätten im Jahr 2030 jede und jeder etwa 40 Prozent mehr. Die Verteilung ist aber der Haken. Unternehmer und Kapitalbesitzer wollen sich die Zuwächse in die eigene Tasche stecken. Und die Regierung unterstützt sie noch dabei.“* Zu ergänzen wäre allerdings, daß ohne eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel sich an der Verteilung nichts ändern würde. Und wenn die Verdi-Autoren (zu recht) kritisieren: „Und die Regierung unterstützt sie noch dabei“, warum fordern sie dann nicht, daß alle Unterstützer, die Gewerkschaftsmitglied sind, wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen werden? Warum wird Müntefering, Hauptmotor der Anhebung des Rentenalters auf 67 nicht ausgeschlossen? Warum nicht alle, die in den letzten acht Jahren dafür gesorgt haben, daß „es dick gekommen“ ist?!

Wir erinnern uns: Früher reichte für einen Gewerkschaftsausschluß, wenn Mitglieder einer K-Gruppe Flugblätter vor einem Betrieb verteilten. Gesetze zur Verarmung der Bevölkerungsmehrheit, der Abbau von Arbeitnehmerrechten (Kündigungsschutz, Rente ab 67 Jahren) sind nach offizieller Gewerkschaftsauffassung nicht gewerkschaftsschädigend.

Die Autoren fordern: „*sichere und mehr Arbeitsplätze*“. Sichere Arbeitsplätze kann es im Kapitalismus nicht geben. Mit der Forderung nach „mehr“ Arbeitsplätzen konterkarieren sie ihre eigene Argumentation, daß die jährliche Produktivitätssteigerung eine sinkende Zahl von Beschäftigten zur Folge hat. Warum erwähnen sie nicht, daß es (im Kapitalismus) nie wieder Vollbeschäftigung geben kann, eben wegen dieser Produktivitätssteigerung?

Die Autoren fischen im Trüben: Sie gehen auf die Stimmung an der Basis ein, benennen die Mißstände, fordern von Regierung und Kapital(!) Abhilfe im keynesianischen Rahmen. Das Publikum soll denken: Die tun was! Da gibt es welche, die stehen irgendwie auf unserer Seite. Aus dem gleichen Grund wurden wahrscheinlich die fünf Demos initiiert: Auch bei diesem Anlaß sollen die Mitglieder mit dem Eindruck nach Hause fahren: Die tun was! Die Realität allerdings zwingt die Menschen zum genaueren Hinsehen und zum Nachdenken.

Dieter Wegner, Hamburg. September 2006